



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 17.12.2015

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Frau Stadträtin Authaler
Frau Stadträtin Bopp
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Frau Stadträtin Gutermann
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Heidenreich
Frau Stadträtin Holl
Frau Stadträtin Hölz
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Jeggle
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Mader
Herr Stadtrat Dr. Metzger
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Dr. Rahm
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Herr Stadtrat Schmogro
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Dr. Weigele
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

ab TOP 2

entschuldigt:

Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Kübler

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Buchwald
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Geier, Stadtwerke
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Simon, Hauptamt
Herr Szollar, Volkshochschule
Herr Ortsvorsteher Wachter, Mettenberg
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Weisshaupt, Forstamt
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Wölfle, Stadtwerke

ab TOP 2
bis TOP 6

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Weihnachtsdekoration	
2.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2016 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	279/2015
3.	Erweiterung Parkhaus Ulmer Tor - Kostenvorstellung	274/2015
4.	Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Ortsmitte Ringschnait" - Zustimmung zum Durchführungsvertrag -	268/2015
5.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften "Ortsmitte Ringschnait" - Billigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes -	269/2015
6.	Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Talfeld V"	271/2015
7.	Initiative Sozialer Wohnungsbau/Preisgünstiges Wohnen Biberach/Riß 2015 ff. - Konzept	265/2015
8.	Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach	275/2015
9.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für einen Investitionszuschuss der Stadt Biberach an den Hospital	276/2015
10.1.	Bekanntgabe eines Beschlusses des Gemeinderats vom 16.11.2015	280/2015
10.2.	Verschiedenes - Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt	
11.	Jahresrückblick des Ersten ehrenamtlichen Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 04.12.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 09.12.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Weihnachtsdekoration

Vor Eintritt in die Tagesordnung lässt OB Zeidler wissen, die Weihnachtssterne, die auf den Tischen stünden, seien ein Geschenk des Kollegen Jörg Bode, der den Gemeinderat herzlich grüße.

Der geschmückte Weihnachtsbaum im Sitzungsrund solle beruhigend und verbindend wirken.

Dann weist er noch die Öffentlichkeit darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 voraussichtlich ohne Diskussion abgehandelt werden, da sie öffentlich vorberaten wurden.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 279/2015 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2016, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Zeidler verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB Zeidler führt zur Verabschiedung des Haushaltsplans folgendes aus: „Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Verwaltungsmitarbeiter, liebe Gäste und Zuhörer, die zeitliche Sitzungstechnische Inanspruchnahme für den Haushaltsplan 2016 sah für mich wie folgt aus: 2 Stunden hausinterne Vorberatung am 23. September, 2,5 Stunden die erste Lesung am 16. November in Stafflangen, 1,5 Stunden Stellungnahme seitens der Stadtverwaltung zu den Anträgen der Fraktionen am 23. November, 2 Stunden Diskussion der Stellungnahmen im Hauptausschuss am 1. Dezember, 1,5 Stunden, im Bauausschuss am 3. Dezember und heute. Das gibt zusammengezählt 9,5 Stunden – langjährige Kenner der Biberacher Szene behaupten, dass das früher nur ein Bruchteil der hausinternen Diskussionen waren, bevor der Gemeinderat überhaupt einen Entwurf zu Gesicht bekam. Diese zeitliche Sportlichkeit, die kann und mag darin liegen, dass keine harten Prioritätensetzungen mit Streichungen und Einschnitten erfolgen mussten. Das mag an einer hervorragenden Finanzausstattung der Stadt Biberach liegen, vor allem aber liegt es an einer konstruktiven, guten, gemeinsamen Linie mit Ihnen. Diese Linie gründet und erklärt sich auch durch unser Investitionsprogramm, das wir 2016 unbedingt wieder aufrufen, überprüfen und evtl. auch modifizieren und aktualisieren müssen.

Kommunalpolitik lebt in hohem Maße vom Wettbewerb der Ideen, der Programme und Personen – auch das spiegelt sich in den Haushaltsberatungen wider und sie lebt insbesondere von der Fähigkeit der Bürger, der Parteien und Gruppierungen, sich auf das Gemeinsame, auf das Wohl der eigenen Stadt zu verständigen. Dem wird unser Haushaltsplan in großem Maße gerecht. Auf drei Punkte möchte ich eingehen:

Erstens Flüchtlinge: Das Thema hat uns, wie prognostiziert, auch in den Beratungen intensiv beschäftigt. Es ist allseits und überall von Krise und Herausforderung die Rede. Das heißt nun einmal, dass man nicht alles planen und steuern kann – auch nicht innerhalb einer Stadtverwaltung. Das heißt für mich aber auch, dass wir unter Umständen unterjährig auf Sie zukommen dürfen. Gerade deswegen bin ich für die vom Gemeinderat formulierte Öffnungsklausel, was Stellen angeht, in diesem Zusammenhang sehr dankbar, dass wir hier keinen Formalismus, sondern Pragmatismus miteinander leben wollen. Ich verspreche Ihnen, dass wir uns das hausintern sehr, sehr gut überlegen und vorher anschauen.

Angeschaut habe ich mir dieser Tage auch, in welchem Ranking Biberach mit seinen bald 1.012 Asylbewerbern steht. Und in einem Artikel aus der „Welt“ vom 1. Dezember 2015 finden wir uns in einer angenehmen Reihung mit den Städten Saarbrücken, Ludwigshafen, Potsdam, Rostock, Oldenburg, Osnabrück, Hagen, Solingen oder Hamm, die alle eine vergleichbare Anzahl von Asylbewerbern – ca. 1.000 – in ihren Städten haben. Ich will hier und heute ausdrücklich nicht irgendwelche sinnigen oder vielmehr unsinnigen Obergrenzen diskutieren. Ich möchte nur zum Ausdruck bringen, dass wir als Stadt Biberach in hohem Maße unserer Leistungsfähigkeit, aber

auch unserer sozialen Verantwortung an dieser Stelle gerecht werden und wir andere Kommunen im Landkreis auffordern, sich aktiver in diese Aufgabe einzubringen.

Zweitens muss ich leider die von Ihnen beschlossene Grundsteuersenkung nochmals aufrufen, die von mir an dieser Stelle, eine gewisse Ironie sei erlaubt, als „die Weihnachtsgratifikation des Gemeinderats“ bezeichnet wird. Nochmals für Sie alle: Der Landesdurchschnitt der Grundsteuer B beträgt 387 Punkte. Wir hatten seither in Biberach 300 Punkte, waren damit 22,48 Prozent unter dem Landesmittel, mit 250 Punkten gehen wir sogar 35,40 Prozent unter dieses Landesmittel. Als Begründung war zu hören, „... wir wollen allen Biberachern etwas Gutes tun.“ Inwiefern das bei einer großen Umverteilungsmaschine wie der Grundsteuer dann auch ankommt, das darf zu Recht hinterfragt werden. In diesem Zusammenhang wohl dem Vermieter, der diese Grundsteuersenkung nicht zum Anlass nimmt, eine Mieterhöhung umzusetzen und unsere „Morgengabe“ dann zu seinen Gunsten zu verrechnen. Ich hoffe, ich werde für diese Bemerkung an vielerlei Stellen Lügen gestraft. Wenn Sie das auf unsere Kindergartengebühren übertragen würden, als familienfreundliche Kommune könnte das ja Ansporn sein, dann müssten wir bei einem Landesrichtsatz von aktuell 100 Euro diese Gebühr auf 64,60 Euro senken, erhoben werden 90 Euro - meine Damen und Herren, tun Sie das bitte nicht, aber die Relationen stimmen nicht mehr! Diese Steuersenkung entspricht genau 800 000 Euro - dividiert durch unsere 32.500 Einwohner hätte das auf den Kopf fast genau 25,00 Euro ergeben – ich vermute, da wäre bei vielen, vor allem denen, die es nötig haben, deutlich mehr angekommen. Wenn Sie den wirklich Bedürftigen in unserer Stadt, den 618 Haushalten, die von Hartz IV leben, zu Weihnachten mit je 100 Euro hätten helfen wollen, hätten 61.800 Euro ausgereicht. Strich drunter: Ich halte diesen Beschluss für strategisch falsch, insbesondere auch deshalb, wenn gleichzeitig eine Haushaltskonsolidierung gefordert wird.

Drittens sei ein Ausblick nach 2016 erlaubt, denn im Haushaltsplan stehen einige Dinge ja auch nicht drin, die uns gleich zu Beginn des kommenden Jahres intensiv beschäftigen werden. Ich möchte nennen: Das ITZ plus, das Stadtentwicklungskonzept, den Stadtpass, die Hauptsatzungsänderung, die Ergebnisse der Sicherheitsaudits – all diese TOPs sind, nennen wir es „in der Pipeline“, ebenso wie die Krippenverträge, bei denen es übrigens um sehr viel Geld gehen wird. Eine Landtagswahl wird uns am 13. März je nach Verlauf frustrieren oder beglücken, die Kulturbudgets stehen zur Beratung an und der Baubürgermeister stellt sich seiner von mir übrigens vollumfänglich begrüßten und unterstützten Wiederwahl. Auf der schönen Seite des Lebens lockt am 16. Mai die IMTA, für Freunde unserer Partnerschaften kann gefeiert werden: 50 Jahre Valence und 25 Jahre Schweidnitz.

Ja, in Biberach bewegt sich viel, Biberach bewegt sich. Umso mehr brauchen wir ein Bündnis für solide Finanzen. Man spricht so viel von Nachhaltigkeit. Wir brauchen diese in unserer Stadtentwicklung, wir brauchen sie im ökologischen Sinne, wir brauchen sie im sozialen Bereich. Aber ich denke, nachhaltig sollte auch die Finanzpolitik sein, denn nur dadurch eröffnen wir uns auch für die Zukunft Gestaltungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten. Bitte lassen Sie uns das bei allen unseren Entscheidungen, auch wenn noch so starke Lobbykreise hinter irgendwelchen Maßnahmen her sind, beachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushalt 2016 unserer Stadt ist solide, zukunftsorientiert, am Notwendigen, Machbaren, Finanzierbaren und zum Teil auch am Wünschenswerten - für den Steuerzahler und am Wohl unserer Stadt orientiert. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. Dieser Haushalt verdient einen klaren Beschluss von Ihnen für die Umsetzung und Bereit-

stellung der Mittel für 2016 und die Erledigung unserer vorgesehenen Aufgaben im nächsten Jahr. Vielen Dank!“ (Applaus)

EBM Wersch dankt für das grundsätzliche Statement des Oberbürgermeisters zur Situation und finanziellen Entwicklung der Stadt im Vorfeld des Jahres 2016. Er werde nun wie gewohnt auf die Veränderung der Zahlen seit der Einbringung des Haushaltplans eingehen. Er bezeichnet es als bemerkenswert, dass sich das Volumen des Verwaltungshaushalts um knapp 500.000 Euro verringert habe und dies bei einem Gesamtvolumen von über 166 Mio. Euro. Dies zeige die Qualität des Entwurfs und die hohe Übereinstimmung mit dem Gemeinderat.

An wesentlichen Änderungen auf der Einnahmenseite des Verwaltungshaushalts nennt er einen Zuschuss des Landes in Höhe von 20.000 Euro im Zuge steigender Flüchtlingszahlen. Mehreinnahmen in Höhe von 185.000 Euro aus dem Kindergartenlastenausgleich, insbesondere aus der Kleinkindförderung, einen etwas höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer aufgrund besserer Steuerschätzungen sowie eine Erstattung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung, bei dem es sich um eine echte Zahlung handle in Höhe von 55.000 Euro. Auf der Ausgabenseite nennt er als wesentliche Veränderungen eine Reduzierung der Personalaufwendungen um 200.000 Euro, die aus einem kleinen Rechenfehler sowie geringeren Tarifabschlüssen bei den Erzieherinnen resultierten. Die Kreisumlage bleibe entgegen Ankündigungen stabil, weshalb die eingeplante Erhöhung nicht zum Tragen komme. Dies sei trotz der Aufwendungen für die Flüchtlinge und dass keine Dividende von der EnBW beim Kreis ankomme erstaunlich und die 29 Prozentpunkte könnten gehalten werden. Für die Stadt bedeute dies gut 420.000 Euro Wenigerausgaben. In Straßen, Wege und Plätze sowie in die Gebäudeunterhaltung werde mehr investiert (70.000 bzw. 200.000 Euro) und die Aufwendungen für den Kindergarten Memelstraße habe man aufgrund der beschlossenen Sanierung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt umgeschichtet. Nicht berücksichtigt seien die Auswirkungen durch die neuen Kindergartenverträge, die zu Mehrkosten führen würden. Dies habe man über die Deckungsreserve abgebildet, die für 2016 sehr hoch angesetzt sei. In Summe führe dies zu Minderausgaben von 670.000 Euro und im Saldo sogar zu einer um 202.000 Euro höheren Zuführung an den Vermögenshaushalt. In diesem seien nun eine um 2,8 Mio. Euro höhere Einnahme aus der allgemeinen Rücklage vorgesehen. Weitere Veränderungen seien Mehrausgaben in Höhe von 900.000 Euro für den Umbau der Memelstraße 7 zum viergruppigen Kindergarten, weitere gut 900.000 Euro für die bauliche Erweiterung des Kindergartens in Stafflangen und der Einrichtung eines Ganztagsangebots sowie knapp 900.000 Euro für die Sanierung des Kindergartens Sr. Ulrika Nisch. Weiter nennt er den Kreisel Hauderboschen mit rund 390.000 Euro zur Erschließung des Baugebiets und der Sana-Klinik. Entsprechend dem Auftrag aus dem Hauptausschuss habe man auch die Anlage 11 um 10 Prozent gekürzt. Er schließe sich den Ausführungen von OB Zeidler zum Ablauf der Haushaltsberatungen an. Dies sei sein 13. Haushalt und er habe noch nie so entspannte Beratungen erlebt. Hierfür habe man in den Vorjahren gemeinsam mit dem Gemeinderat die Grundlagen gelegt. Er schließt mit einem Zitat von Aristoteles: „Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel richtig setzen.“ Er dankt herzlich für die Zusammenarbeit und es wird applaudiert.

StR Walter führt für die CDU-Fraktion folgendes aus: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, nach zwar umfangreichen – bei uns waren es mehr als 9,5 Stunden in der Fraktion – aber unproblematischen und friedlichen Beratungen wird heute der Haushalt der Stadt Biberach für das Jahr 2016 beschlossen. Die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen.“

Doch nun zur Genese unserer zustimmenden Haltung: Eigentlich begannen die Haushaltsberatungen in diesem Jahr schon im Sommer. Der Gemeinderat und die Verwaltung berieten in der Gemeinde Schemmerhofen das Investitionsprogramm 2015 bis 2020, also für die nächsten fünf Jahre. Für alle Beteiligten wirkt sich die darin beschlossene, zeitlich leicht entzerrte Reihenfolge der zu stimmenden Großprojekte entspannend aus – auch außerhalb der Haushaltsberatungen. Zum Zweiten wurden die Haushaltsberatungen in diesem Jahr durch den weisen Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2014, dem das auch in dieser Frage ebenso weise Gesamtgremium zugestimmt hat, maßgeblich verkürzt: Wir beantragten, dass ab dem Jahr 2015 für drei Jahre grundsätzlich keine neuen Stellen geschaffen werden und dass Ausnahmen von diesem Grundsatz nur dann erlaubt sind, wenn sich diese Stellen zwingend aus den hoheitlichen Aufgaben oder aus neuen Anforderungen aus dem Bereich Betreuung und Bildung ergeben. Dieser vom Gemeinderat beschlossene Antrag verkürzte einerseits die Beratungen erheblich. Und es ließ uns dennoch den Spielraum, der aktuellen Situation der großen Flüchtlingszahl auch personell wirksam begegnen zu können. Wir bedanken uns für die Disziplin in der Personalstellenthematik in allen Ämtern der Verwaltung. Es war ein echter Schulterschluss zwischen Verwaltung und Gemeinderat mit dem Effekt, dass für die Haushaltsberatungen sogar eine Sitzung ausfallen konnte.

Leider muss ich nach diesem Dank an die Verwaltung auch einen Kritikpunkt mitgeben. Unser Antrag, die Anlage 11 um 10 Prozent zu kürzen, ist trotz mehrfacher Erklärung immer noch nicht verstanden worden. Wir möchten, dass der hohe Standard bei Anschaffungen überprüft wird: Gibt es Arbeitsgeräte, Wasserspender, Möblierung etc. nicht auch in einer günstigeren Variante? Kollege Brenner hat es einmal so formuliert: Der Golf statt dem Jaguar. Heute sagen wir aus aktuellem Anlass: ein Benz Golf statt einem SUV. Wir werden dieses Thema nächstes Jahr wieder betrachten müssen.

Insgesamt möchte ich für die CDU-Fraktion noch einmal drei Themen benennen, die in den letzten Wochen zu viel Resonanz bei den Bürgern und positiven Rückmeldungen an uns geführt haben. Erstens das Thema Bauen und Bauplätze. Wir freuen uns, dass unser Antrag auf Prüfung der Fortsetzung der Baugebiete Rißegger Steige und Weißdornweg die Zustimmung gefunden hat. „Zwei Jahre Durststrecke ohne Bauplatzangebot“, so formulierte es Baubürgermeister Kuhlmann. Dies ist fast nicht vorstellbar, bei annähernd 300 bauplatzsuchenden Menschen. Seit Jahren betont die CDU-Fraktion die Notwendigkeit von Grunderwerb für neue Bauplatzerschließungen in der Stadt und in den Teilorten. Doch erst in jüngster Zeit ist die Stadtverwaltung wieder richtig aktiv geworden. Wir bleiben an diesem Thema eng dran. Denn es ist auch ökologisch sinnvoll, dass Menschen dort wohnen, wo sie arbeiten. Wenn allerdings Landtagskandidaturen dazu führen, dass die Diskussion darüber „rambomäßig“ genannt wird dann halte ich dagegen, dass mir Menschen, die selber in großen Häusern wohnen, dies aber ihren Mitmenschen verwehren wollen, suspekt sind und bleiben.

Zweitens das Thema Verkehr, Straßen und ÖPNV. Die CDU-Fraktion hat in den letzten Jahren erfolgreich dafür gesorgt, dass der ÖPNV, das Stadtbusangebot in Biberach, deutlich verbessert wurde. Gleicher Takt in allen Stadtteilen, ein Buswartehaus am Holzmarkt – das Fundament ist schon fast geschaffen - und dieses Jahr die Prüfung auf einen Ausbau des Angebots in den Ferien und am Abend inklusive des Antrags auf Wiederbeschaffung des von vielen vermissten Niederflurfahrzeuges im Anrufsammeltaxi. Wer da noch behauptet, wir würden uns nur um Pkw und Parkplätze bemühen, ist schlecht informiert. Unser Einsatz für Umfahrungen der Innenstadt, um endlich weitere Verbesserungen für Fußgänger und Radfahrer umsetzen zu können, wird auch im neuen Jahr weitergehen.

Drittes Thema das Klinikum. Die CDU-Fraktion freut sich über das Bekenntnis von Sana, die Biberacher Klinik als Zentralstandort zu verstehen und es als Zentralhaus bauen zu wollen. Dass der Landkreis dies nicht auch unterstreicht, bestärkt uns darin, dass die von unserem Fraktionsvorsitzenden geäußerten Gedanken zur Klinik richtig waren. Dass seine Äußerungen kurzfristig zu Schnappatmung beim Oberbürgermeister führten, bitten wir zu verzeihen – aber ein Sportler wie unser Oberbürgermeister einer ist, hat Atemtechnik gelernt und hält das aus.

Zum Abschluss ein Wort zur Zusammenarbeit unter dem Oberbegriff Vertrauen: Ein vertrauensvolles Miteinander von der Verwaltung in der Stadt, unseren eigenen Unternehmen und Stiftungen und den gewählten Vertretern der Bürger gelingt, wenn durch offene Kommunikation - und dazu gehört auch das Ansprechen von kritischen Dingen - , gemeinsam um die bestmögliche Lösung gerungen wird. Das funktioniert unseres Erachtens derzeit immer besser und daran möchten wir als CDU-Fraktion auch im kommenden Jahr mitwirken. Ohne dass wir das jeweils eigene Denken aller Beteiligten in irgend einer Weise einschränken wollen. Wir werden uns im neuen Jahr 2016 weiterhin intensiv den Themen der Bürgerschaft zuwenden und diese dann mit den guten Ideen der Verwaltung in Einklang bringen. Dies in unserer uns innewohnenden Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Denn eines habe ich in den letzten Jahren als Stadtrat gelernt: Du darfst die Verwaltung nie unter die Lupe nehmen, sie wird dadurch nämlich sonst nur noch größer.

Wir bedanken uns bei der gesamten Stadtverwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr, für die Erstellung des Haushaltsplans und die Verfassung wiederum sehr zahlreicher Vorlagen und Pläne. Die CDU-Fraktion wünscht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt, den Vertreterinnen und Vertretern der Medien, den Kolleginnen und Kollegen im Rat sowie Last but first allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Biberach ein schönes und gesegnetes Weihnachtsfest und einen gelingenden Start im neuen Jahr 2016.“

Es wird applaudiert.

StR Keil bezieht mit folgenden Worten Stellung für die SPD-Fraktion: „Ein Dach über dem Kopf, bezahlbar und auch noch rasch – das war wohl das beherrschende Thema der diesjährigen Haushaltsberatungen. Dazu hatten wir 2 Hauptanträge eingebracht, welche die Verwaltung auf den Weg dahin – ein Dach über den Kopf für möglichst viele Bürger – bringen sollten. Einmal: das Investitionsvolumen des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft sollte erhöht werden und dann – das war der begleitende 2. Antrag -, sollte das Liegenschaftsamt ermutigt und befähigt werden, Baulücken, Brachen und Leerstände zu prüfen, um weitere Flächen, aber auch Wohnmöglichkeiten durch Renovierungen oder auch Umnutzungen zu ermöglichen. Während der Beratungen zeigte sich, dass seitens der Verwaltung das Gleiche angedacht und in eine Vorlage gebracht wurde. Sogar die Beispiele, die die SPD-Fraktion gedanklich schon verplant hatten, kamen in der Verwaltungsvorlage vor, zum Beispiel die alte AOK und die Hans-Rohrer-Straße. Wir denken, damit, und mit einem tatkräftigen Baulücken-Management und mit der bescheidenen Hoffnung, dass es mit den Baugebieten Hauderboschen und Talfeld weiter geht, sind wir auf einem guten Weg, ein Dach über dem Kopf, nicht für alle, aber doch schon für viele zu bekommen. Die Verwaltung darf unsere Anträge als Ermutigung verstehen.

Das im Sommer beschlossene Investitionsprogramm 2020 erfordert einen finanziellen, aber auch einen personellen Kraftakt bei der Verwaltung. 3 Projekte wurden von uns noch einmal thematisiert, weil noch Klärungen nötig sind: Gespannt sind wir, wie das Schul-Sanierungsprogramm abgearbeitet wird. Neben der offenen Frage - Was wird aus der Birken-

dorf-Schule?- haben wir noch einmal daran erinnert, dass der Zustand der Mittelbergschule auf keinen Fall vergessen werden darf. Sollte es bei anderen Gebäuden Verschiebungen geben, rückt für uns die Mittelbergschule nach vorne. Der Kreisel an der Friedenskirche ist auch ein Thema des Programms. Wir warten zwar auf das Ergebnis des Sicherheits-Audits, aber wir wagen es, eine eigene Meinung dazu zu haben, und die lautet eindeutig: Es gibt nur Gründe für diese Kreisel-Neugestaltung, und zwar bald.

Das 3. Thema, das Verkehrskonzept das war eine eigenständige Vorlage, wurde schon in der Presse dargestellt und ist separat behandelt und beschlossen. Es soll aber hier deshalb erwähnt werden, weil es sicher Folgen für die gesamte Stadtentwicklung haben wird, und es wird unsere Stadtplanung in Anspruch nehmen. Wir sehen hier große Chancen für die zukünftige Geschichte und Gestalt unserer Stadt. Wenn zum Beispiel der Blosenberg und die Mettenberg-Schonungsspange fertig sein werden, also gleichsam ein Pfropf aus dem Verkehr genommen wird, kann sich unsere Stadt ein ihrer historischen Substanz gerechtes Innenstadtkonzept verpassen. Das sind Planungen, die viel Personal beanspruchen. Und wir sind dafür, dass sich unser Stadtplanungsamt Freiheiten und Kreativität herausnehmen darf. Wir sind für Überraschungen dankbar und offen. Allein schon die Hoffnung auf einen ÖPNV, der wirklich flott unterwegs ist, statt im Stau zu stehen, zeigt, dass es sich lohnt, auch für unsere schöne Altstadt eine menschenwürdige Gestaltung zu entwickeln. Aus diesem Grund sehen wir auch den Weiterbau des Parkhauses Ulmer-Tor als Voraussetzung für eine Chance.

Das Finanzvolumen des Investitionsprogrammes ist gewaltig – man kann es auch im Vermögenshaushalt ablesen. Um so größer war unser Staunen, dass mit der Mehrheit des Rates der Hebesatz für die Grundsteuer abgesenkt wurde. Dazu 3 Bemerkungen: Kleinere Grundbesitzer werden die Entlastung wohl kaum spüren, Mieter auch nicht. Ist denn einer der großen Flächenbesitzer in einer so existentiellen Not, dass Eingreifen nötig war? Eine Stadt unserer Größe, mit unserer Dynamik benötigt sichere Einnahmen, um zukunftsfähig zu bleiben. Die Beispiele Neckarsulm, Künzelsau, Ravensburg zeigen, dass zum Steueraufkommen immer auch andere Faktoren hinzukommen können, dass das Vertrauen auf nur eine Ertragsquelle ökonomisch fragwürdig und politisch leichtfertig ist. Grundsteuer ist eigentlich das Fundament für Stadtentwicklung, wer auf sie verzichtet, will vielleicht Stillstand. Eine Stadt, die meint, zu viel Geld zu haben, muss wohl auch nicht sparen. Der Wille zu sparen erlahmt doch in dem Augenblick, in dem man glaubt, man habe zu viel Geld und eigentlich auch keine Vorstellung davon, was mit den Einnahmen finanziert werden kann. Man hat also zu wenig Perspektive für die Zukunft. Über den Zusammenhang mit demnächst fälligen Debatten über Gebühren, zum Beispiel im Jugend- und Kulturbereich muss man nun nicht mehr reden. Es gibt Kurse in der JUKS, die kosten gerne 350 bis 400 Euro, und wer 2 oder 3 Kinder an der Bruno-Frey-Musikschule hat, kommt nicht billiger weg.

Noch ist der Haushalt der Stadt nicht in eine Schiefelage geraten, gleichwohl durch diesen Beschluss das Verhältnis von Gemeinderat und Bürger. Vom Bürger erwarten wir ja auch, dass er die Umgestaltung unserer Stadt als Zukunftsfähige mitmacht. Denn insgesamt dokumentiert der Haushaltsplan das Bild einer unglaublich dynamischen, zugleich auch ehrgeizigen Stadt. Das finden wir gut.

Hier ist jetzt der richtige Ort, um die Personalkosten anzusprechen. In ihnen spiegelt sich ja das, was unsere Stadt umtreibt und wodurch unsere Stadt vorangebracht wird. Es sind an erster Stelle Menschen, auf der einen Seite, die etwas unternehmen, auf der Seite der Stadt, die das gut verwalten und gestalten. Beides auf hohem Niveau. Ein Symbol dieser Dynamik ist ja die Sana-

Klinik: Für die Bürger eigentlich der ganzen Region weit über Biberach hinaus ein Garant für Lebensqualität. Wir wollen helfen, dass das wichtigste Kapital einer Klinik, nämlich ein guter Ruf, bewahrt wird. Dazu wäre es eigentlich übrigens hilfreich gewesen, wenn der Biberacher Landtagsabgeordnete, Herr Schneider, einmal etwas Klärendes, Aufklärendes über den Krankenhausbedarfsplan des Landes Baden-Württemberg gesagt hätte. Das Schweigen seinerseits aus Riedlingen heraus ist vielsagend.

Zum Schluss: In der letzten Bauausschusssitzung hatte ich nach der Sanierung der Stadtpfarrkirche gefragt. Leider ist das im Moment noch nicht Thema. Aber, unsere mit Vielem gesegnete Stadt wäre vielleicht sogar noch etwas besser dran, wenn der Segen in der Kirche nicht von Pfarrern mit kalten Händen gesendet wird.

Die SPD stimmt dem Hausplan zu, weil er von geordneten Finanzen, einem zivilisierten Gemeinderat und von einer verantwortlichen Verwaltung getragen ist.“ (Applaus)

StRin Goeth äußert sich für die Freien Wähler wie folgt: „Wer hätte bei den Haushaltsberatungen vor einem Jahr gedacht, dass das Thema „sozialer Wohnungsbau“ im Zentrum der diesjährigen Beratungen stehen würde? Es war damals bekannt, dass trotz des guten Angebots an preisgünstigen, städtischen Wohnungen nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden können. Aber durch den Zuzug von so vielen fremden Menschen, hat sich das Problem deutlich verschärft. In den mittel- und langfristigen Investitionsplanungen, die sich an den finanziellen, aber auch den personellen Ressourcen in der Verwaltung orientieren, sind umfangreiche Sozialwohnungsbauten nicht enthalten. Dabei geht es nicht nur um Neubauten. Durch Sanierung und Umnutzung von Altbauten können besonders preisgünstige Wohnungen geschaffen werden.

Angesichts der neuen Herausforderungen für die Stadt und angesichts des gut durchdachten Investitionsprogramms haben die Freien Wähler keine zusätzlichen Projekte beantragt, die vor allem zu personellen Engpässen geführt hätten. Den Freien Wählern war wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger von den guten Einnahmen der Stadt, insbesondere den stattlichen Gewerbesteuern, direkt profitieren sollten. Mit „direkt“ meinen wir, dass nicht nur diejenigen Eltern, die gerade ein Kind im Kindergarten haben, von der exzellenten Ausstattung und den vergleichsweise niedrigen Gebühren profitieren, dass nicht nur Mitglieder des Vereins XY von den großzügigen Zuschüssen für seine neue Sportanlage profitieren, dass nicht nur Museums- und Büchereibesucher von den niedrigen, weil stark subventionierten Gebühren profitieren, sondern dass jeder Bürger am Ende des Jahres ein kleines Plus im Geldbeutel vorfindet. Eine Senkung der Grundsteuer, wie sie die Freien Wähler beantragt haben, wirkt sich bei allen aus, bei Unternehmen wie bei Privatleuten, bei Immobilienbesitzern wie bei Mietern. Bei Mietern ist die Grundsteuer ein Teil der Nebenkosten. Richtig ist, dass Bewohner von kleineren Wohnungen weniger profitieren als Bewohner von größeren Wohnungen - aber erstere bezahlen auch naturgemäß weniger Grundsteuern. Ganz haben die Freien Wähler ihr Ziel nicht erreicht, nämlich die Grundsteuer von 300 auf 200 Prozentpunkte zu senken. Aber die Senkung auf 250 Prozentpunkte fand doch die Zustimmung der Gemeinderatsmehrheit - gegen das Votum der Verwaltung. Aber, liebe Verwaltung, bei 10 Mio. Euro zusätzlichen Gewerbesteuern, von denen in der Stadt zugegeben nur circa 4 Mio. Euro dauerhaft verbleiben, sind 800.000 Euro zu verschmerzen, ohne dass Investitionen oder wichtige Maßnahmen darunter zu leiden hätten. Ich möchte daran erinnern, dass das ehrgeizige Investitionsprogramm erarbeitet wurde, als die Stadt noch von 85 und nicht von 95 Mio. Euro Gewerbesteuern ausging. Ich rede nicht von den einmaligen Steuernachzahlungen, die der Stadt im Jahr 2015 zugeflossen sind. Mit diesen Nachzahlungen können die geplanten Investitionen

getätigt werden, ohne dass der Gemeinderat um die notwendigen Rücklagen für wirtschaftlich schlechtere Zeiten bangen muss.

Die Senkung der Grundsteuern war eine der wenigen strittigen Diskussionspunkte in den diesjährigen Haushaltsberatungen. Ansonsten verliefen die Beratungen sehr sachlich und konstruktiv. Dafür danken wir allen Beteiligten. Einen Kleinkrieg können wir uns angesichts der großen Herausforderungen, denen wir uns in den nächsten Monaten und Jahren stellen müssen, nicht leisten. Ein besonderer Dank geht an alle Ämter, die nach Einreichung der vielen Fragen und Anträge in Windeseile sehr fundierte Antworten lieferten, so dass bei den Ausschussberatungen viele Punkte ohne weitere Diskussion abgehakt werden konnten.

Die Freien Wähler stimmen dem Haushaltsplan 2016 zu.“ (Applaus)

OB Zeidler wirft ein, StRin Goeth sei die erste Rednerin, die sich an die vom Ältestenrat vereinbarte maximale Redezeit von fünf Minuten gehalten habe.

Für die Grünen trägt StR Weber folgendes vor: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herren Bürgermeister und Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Ja, es ist schon schön in so einer Stadt wie Biberach Stadtrat zu sein. Und so einen Haushalt in den Händen zu halten, von denen die meisten Kommunen nur träumen können. An dieser Stelle dürfen wir auf unsere Geschäfte und Firmen mit ihren vielen Schaffenden nur stolz sein. Aber auch Dank an die Verwaltung, vorweg Frau Leonhardt und Herrn Wersch, für diese Fleißarbeit mit all den Anträgen und Fragen von uns.

Der Verwaltungsvorschlag den Hebesatz der Grundsteuer A und B auf 300 Prozentpunkten zu belassen, wäre auch uns Grünen entgegen gekommen. Es ist eh nur eine geringe Entlastung für Grundstücks- und Häuslebesitzer und uns Bauern. Und an eine Senkung des Mietspiegels kann ich nicht so recht glauben. Aber wir hätten diese Mittel gezielt einsetzen können. Zum Beispiel an sozial Schwächere und deren Kinder mit Ermäßigungen von Schwimmbad, Theater, Jugendmusikschule, ÖPNV usw. und wir wünschen uns eine Haushaltskonsolidierung.

Vielleicht wird aus dem Tafelladen ein Sozialkaufhaus? Aber bitte an einem anderen Platz. Schön dass die Verwaltung auch dies auf ihrer Agenda hat.

Liebe Freunde, ist es nicht das schönste Weihnachtsgeschenk überhaupt, wenn sich die Staatengemeinschaft beim Weltklimagipfel einigt, die drohende Welterwärmung auf unter 2 Grad Celsius zu senken? Dies lässt doch Hoffnung aufkommen unseren Globus noch in letzter Sekunde gemeinsam zu retten. Und da sind wir jetzt alle gefordert, die Staaten, die Länder, alle Kommunen und wirklich jeder einzelne – damit unsere Enkel und deren Kinder auch noch gut auf dieser Erde leben können. Krempeln wir die Ärmel hoch und gehen ran, ein Beispiel: unser Stadtentwicklungsprojekt.

Da gehört der ÖPNV dazu – ich wünsche mir, dass wir mehr Fahrrad fahren, zu Fuß gehen, mehr Elektromobilität nutzen. Auch sollte der ÖPNV enger getaktet werden. Ich plädiere für ein günstiges Bürgerticket – oder warum auch nicht mal eine Testphase kostenloses Busfahren – bei Nacht fahren dann Ruftaxen und für jeden ist Mobilität ohne Auto gewährleistet.

Der nachhaltigen Kreativität zum Wohle der ganzen Stadt wären keine Grenzen gesetzt. Jetzt kommt uns unser bisheriges Tun und Handeln als Fair-Trade-Stadt zugute. Aber auch sonst soll-

ten wir wieder mehr auf Regionalität setzen. Es gibt bestimmt mal wieder eine Mensaessensaus-schreibung, oder wir hatten doch schon mal bei uns im Rathaus naturtrüben Apfelsaft aus regio-nalem Anbau oder sogar von unseren eigenen Streuobstwiesen. Selbst Stadtwater von unserer e.wa stand schon auf unseren Tischen. Auch kleine Schritte führen zum Ziel.

Leider hatte ich gestern Abend keine Zeit, um bei der Veranstaltung in der vhs „Biberach weiter bauen“ mit BM Kuhlmann dabei zu sein. Aber das Pestalozzihaus wird vorerst von den Pflugschül-ern genutzt und wir müssen genau aufpassen, dass beim provisorischen Umbau des Saals nichts kaputt geht, damit wir unserer Biberacher Musikwelt nach der Umnutzung ein akustisch wertvol-les Gebäude wieder zurückgeben können. Und das Postareal steht ja Gott sei Dank auch noch. Eigentlich dürfen wir dieses Gebäude nicht abreißen lassen. In der Broschüre „Biberach-Tourismus“ ist aus einer anderen Perspektive heraus die unverkennbare Schönheit des zur Alt-stadt passenden Gebäudes abgebildet.

Lobenswert ist noch das ehrenamtliche Engagement unserer Bürger, aber auch der Stadtverwal-tung und der Kreissozialverwaltung für die Unterbringung der Menschen, die auf der Flucht sind. Zur schnelleren Integration könnte bei der Wohnungssuche sogar an unsere Dörfer gedacht wer-den.

Ja, jetzt hätt ich fast noch unser schönes Mettenberg vergessen, aber ich habe als Geschenk ei-nen Kalender von Ortsvorster Wachter mit Ansichten aus Mettenberg, den ich dem Oberbürger-meister überreiche. Dem Haushalt stimmen wir zu. Danke.“ (Applaus)

StR Funk erklärt für die FDP-Fraktion folgendes: „Während der Beratungen in den Ausschüssen hat der Gemeinderat durch die Anträge der Fraktionen in diesem Jahr nur eine entscheidende Veränderung im Verwaltungshaushalt beschlossen. Ich werde mich dazu gleich äußern.

Im Vermögenshaushalt wurden unter anderem noch die geplanten Umbaumaßnahmen von drei Kindergartengebäuden eingebucht. Diese Baumaßnahmen wurden im Vorfeld der Haushaltsbe-ratungen beschlossen. Die dadurch erfolgte Erweiterung des Vermögenshaushaltes 2016 wird zu Reduzierungen in den Folgejahren führen und ist bei der derzeitigen Zinspolitik kostenneutral. Die einzige nennenswerte Veränderung im Verwaltungshaushalt, die durch den Gemeinderat herbeigeführt wurde, war der Beschluss zur Senkung der Hebesätze der Grundsteuern A und B von 300 Prozentpunkten auf 250 Prozentpunkte. Die FDP-Fraktion war realistisch und hat auch nicht damit gerechnet, dass ihr eigener Antrag, die Senkung auf 200 Prozentpunkte, ohne Ände-rung durchgehen wird. Wir freuen uns also über das Ergebnis sehr. Der Haushalt 2016 der Stadt Biberach entspricht nun weitgehend unseren Vorstellungen. Er sorgt für Substanzerhaltung, stellt viel Geld für Bildung zur Verfügung und ist auch nachhaltig. Die Kosten der zusätzlichen Grund-steuersenkung in Höhe von 800.000 Euro wurden schon während der Haushaltsberatungen durch eine weitere, verfeinerte Planung mehr als gegenfinanziert. Wir können zusätzlich die Zuführung an den Vermögenshaushalt noch um 202.000 Euro erhöhen. Zu diesem Ergebnis trägt auch der Landkreis bei, weil der Hebesatz bei 29 Prozentpunkten bleibt und nicht wie zunächst geplant auf 29,5 Prozentpunkte erhöht wird.

Wir leisten mit diesem Haushalt einen weiteren Beitrag zur Senkung der Mietnebenkosten und denken auch an die zukünftigen Generationen. Die jetzt erfolgte zusätzliche Grundsteuersenkung auf 250 Prozentpunkte darf auch nicht isoliert betrachtet werden. Es war ein langer Weg, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Der Hebesatz der Grundsteuer B beträgt im Landesdurchschnitt 387 Prozentpunkte. Im Vergleich zu diesem Landesdurchschnitt bezahlt eine Familie in Biberach für

eine dreißig Jahre alte Vier-Zimmer-Wohnung ab 2016 immerhin im Jahr 110,00 Euro weniger Grundsteuer. Vielen Dank sei an dieser Stelle auch an alle Steuerzahler gesagt, sie haben die Voraussetzungen für diese Senkungen geschaffen.

Nachdem sich neben unserem Finanzbürgermeister auch unser Oberbürgermeister wenig für die Steuersenkung begeistern kann, wollen wir in einem kurzen Ausblick doch aufzeigen, wie die FDP-Fraktion sich die nächsten Jahre vorstellen kann. Zunächst werden alle beschlossenen Maßnahmen gut geplant und in großer Ruhe umgesetzt. Im selben Zeitraum werden die letzten Arbeiten zur Umstellung auf die doppelte Finanzbuchhaltung vollendet. Mit der Präsentation dieses Zahlenwerkes wird vermutlich eine gewisse Ernüchterung eintreten. Dies darf aber kein Grund dafür sein, die Grundsteuersenkungen schnell wieder einzukassieren. Der Haushalt der Stadt Biberach unterliegt einem dynamischen Prozess auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Wir sollten uns mit anderen Städten vergleichen und einen Gang zurückschalten.

Dann gibt es viele Möglichkeiten die Kosten zu reduzieren, ob im Personalbereich oder bei den Sachkosten. Beide sind nach Auffassung der FDP-Fraktion untrennbar miteinander verbunden. Wir können die Anzahl der Einrichtungen überprüfen, Doppelstrukturen abbauen, in der Region zusammenarbeiten, Synergieeffekte nutzen und die Effizienz steigern. Bei Sanierungen und Neubauten müssen die Größe der Räume und die Standards, wie derzeit praktiziert, kritisch betrachtet werden. Zuletzt ist es nach Auffassung der FDP-Fraktion auch nicht immer nötig bei Freiwilligkeitsleistungen die Kassen von Kreis, Land und Bund zu entlasten.

Und da sind wir auch gleich beim Thema Wohnungsbau. Es ist für die FDP heute auch noch unklar, mit welchen Summen die Stadt Biberach wirklich in den Wohnungsbau einsteigen muss. Es gilt verschiedene Säulen zu betrachten. Es geht um den normalen Wohnungsbau, den geförderten Wohnungsbau, die Hilfe bei der Wohnungssituation für besondere Zielgruppen und jetzt noch darum, die Herausforderungen bei der Flüchtlingspolitik richtig einzuschätzen. Seit die Steuerung des Wohnungsbaues durch eine Subjektförderung betrieben wird, bauen Aktiengesellschaften, Baugenossenschaften, Stiftungen und Privatpersonen Wohnungen zum Vermieten. Der Staat in Form der Kommunen spielt bei der Bereitstellung von Wohnungen eine untergeordnete Rolle. Subjektförderung ist die Unterstützung von Personen. Auch in Biberach läuft der Wohnungsbau auf Hochtouren. Die wenigen Bauplätze, die die Stadt Biberach noch zu vergeben hat, werden auf jeden Fall bebaut werden. Vor einem Jahr wurde der Gemeinderat mit einem Bericht über die Wohnungssituation für besondere Zielgruppen in Biberach informiert. Der wohl von Frau Spieler erstellte und von Herrn Wersch unterschriebene Bericht wird von der FDP-Fraktion geteilt. Wir haben einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt und dies preislich auf einem niedrigeren Niveau im Vergleich zu Ulm und Ravensburg. Es erklärt sich von selbst, dass gute 6,50 Euro-pro Quadratmeter- Wohnungen in einer Kreisstadt nicht auf Halde liegen. Bei einer Wohnungssuche braucht es auch etwas Geduld. Personen mit Handicaps benötigen unsere schnelle Hilfe und die ist nach Auffassung der FDP-Fraktion auch heute schon möglich. Wenig hilfreich sind jährlich wiederkehrende Anträge von Fraktionen mit Verweis auf geheime Listen. Die Wohlfahrtsverbände müssen auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft rechtzeitig zugehen. Dort hatten wir in den Jahren 2011 bis 2014 bei 312 Wohnungen 163 Wohnungswechsel, im Jahr 2014 alleine 37. Wenn in einer solchen Situation nicht geholfen werden kann, erbittet die FDP-Fraktion unter dem Jahr schnell informiert zu werden.

Bei der Flüchtlingspolitik müssen wir uns weiterhin so flexibel aufstellen, dass wir unsere Aufgaben schnell und gut lösen können. Dazu gibt es heute eine aus FDP-Sicht gute Vorlage zu beschließen.

Die FDP-Fraktion wird allen Beschlussanträgen der Vorlage Nr. 279/2015 zustimmen. Wir stimmen auch dem Stellenplan zu. Dies heißt aber nicht, dass wir auch dem vor einem Jahr beschlossenen Stellendeckel zugestimmt haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“ Es wird applaudiert.

Zum Abschluss gibt StR Heidenreich zu verstehen, die Grundsteuersenkung gefalle ihm nicht. Er gibt zu bedenken, dass der Grund, der zum Bau von Gebäuden zur Verfügung gestellt werde, nicht durch die darauf errichteten Gebäude einen Mehrwert erhalte, sondern durch die Stadt mit ihrer Infrastruktur darum herum. Dass alle von der Grundsteuersenkung profitierten, sei eine falsche Annahme. Es würden diejenigen bevorzugt, die schon viel Geld hätten, daher sei er gegen die Grundsteuersenkung, zumal der Gemeinderat gleichzeitig das Volumen der Anlage 11 gesenkt habe, was womöglich dazu führe, dass statt etwas kostenintensiveren Elektrofahrzeugen im Bau betriebsamter eher konventionelle und weniger innovative Fahrzeuge beschafft würden. Er **beantragt**, getrennt über die Grundsteuererhöhung abzustimmen.

Diesem Antrag folgt der Gemeinderat. Der Antrag auf Senkung der Grundsteuerhebesätze von 300 auf 250 Prozentpunkte wird mit 12 Nein-Stimmen und 21 Ja-Stimmen angenommen.

Dann fasst der Gemeinderat ohne weitere Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Haushaltsplan 2016 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.**
- 2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:**

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je		209.012.000 €
davon im Verwaltungshaushalt	166.185.000 €	
im Vermögenshaushalt	42.827.000 €	

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von		0 €
--	--	------------

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von		39.358.070 €
---	--	---------------------

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.		6.000.000 €
---	--	--------------------

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. für die Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 250 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 250 v.H. |
|
 | |
| 2. für die Gewerbesteuer auf der Steuermessbeträge. | 330 v.H. |
|
 | |
| 3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2016) in der Fassung der Änderung - Anlage 4 zu dieser Vorlage - festgestellt. | |
|
 | |
| 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im Einzelnen dargestellt, werden bestätigt. | |
|
 | |
| 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2015 - 2019 - wie in Anlage 2 zu Drucksache Nr. 279/2015 dargestellt - wird festgestellt. | |

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 274/2015 zur Beschlussfassung vor. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke hat das Thema in seiner Sitzung am 09.12.2015 vorberaten. Dabei wurde mehrheitlich empfohlen, den vorgesehen Ersatz der Profilitverglasung inklusive Absturzsicherung durch Verbundsicherheitsglas, das mit Mehrkosten von 82.320 Euro beziffert ist, nicht umzusetzen.

StR Kolesch beklagt, dass die Verwaltung nicht ins Thema einführe. Er würdigt die Maßnahme und hält die Erweiterung für erforderlich, da Stellplätze vor allem an Markttagen fehlten und an dieser Stelle die Chance einer günstigen Investition bestehe, da die Infrastruktur bereits vorhanden sei. Dass in Laupheim aktuell ein Parkhaus für wesentlich weniger Geld geplant werde, habe im Aufsichtsrat zu denken gegeben. Laut Geschäftsführung sei die Haupteklärung dafür aber, dass bisher in Laupheim nur auf Annahmen kalkuliert werde und eine weniger haltbare Variante vorgesehen sei. Die CDU-Fraktion habe Vertrauen in die Geschäftsführung, dass gut und preiswert geplant werde und akzeptiere diese Begründung.

Er zeigt auf, dass in Zusatzausstattungen investiert werden solle, die einen deutlichen Mehrwert brächten. Er nennt die Überdachung des Obergeschosses, die auch Voraussetzung für die Photovoltaikanlage sei. Ferner nennt er einen Batteriespeicher und kathodischen Korrosionsschutz. Dagegen habe der Aufsichtsrat den Ersatz der Profilitverglasung abgelehnt.

Zu Diskussionen habe das vorgeschlagene dritte Treppenhaus am äußersten Eck des Parkhauses gesorgt, das baurechtlich nicht notwendig sei. Auch diese Erkenntnis sei seines Wissens bislang nur den Aufsichtsräten bekannt und hätte in einem Verwaltungsvortrag genannt werden können. Die CDU-Fraktion habe dies intensiv diskutiert und sei zum Ergebnis gekommen, dass die Vorteile dieses dritten Treppenhauses die Kosten in Höhe von 110.000 Euro und den Verlust von sieben Stellplätzen rechtfertigten, da dies eine Attraktivitätssteigerung bringe. Der Betrieb solle wie beim bisherigen Parkhaus erfolgen und vor allem Stellplätze für Kurzzeitparker bieten sowie eine begrenzte Anzahl an Dauerparkplätzen. Nicht gewollt sei von der CDU-Fraktion, dass Parkplätze mit Sonderrechten eingeräumt würden, die Absperrungen oder ähnliches erforderten.

StR Dr. Rahm bemerkt, das vorgesehene Korrosionsschutzsystem sei nicht optimal, aber offensichtlich alternativlos. Das dritte Treppenhaus bringe kürzere Wege, da aber kein Aufzug vorhanden sei, könne es nur von denen genutzt werden, die gut zu Fuß seien. Da es ordnungsrechtlich nicht erforderlich und somit verzichtbar sei, finde die SPD-Fraktion den Erhalt von den sonst entfallenden sieben Stellplätzen sinnvoller.

StR Hummler schließt sich den Ausführungen StR Koleschs im wesentlichen an. Die Freien Wähler plädierten trotz der Mehrkosten und etwas weniger Stellplätzen für den Einbau des dritten Treppenhauses, was auch eine gleichmäßigere Auslastung des Parkhauses mit sich bringe. Sparpotential bestehe zum Beispiel in einem Verzicht auf die optische Verkleidung. Er spricht die Lebensdauer der Batterie an, die nur mit circa acht Jahren angegeben sei und fragt, wo die Kosten für deren Ersatz in der Kalkulation enthalten seien.

StRin Sonntag äußert sich für Teile ihrer Fraktion kritisch gegenüber der Erweiterung und rechnet mit 30.000 Euro Kosten je Stellplatz. Positiv könnte gesehen werden, dass dadurch vielleicht mehr Menschen am Rande der Altstadt parkten und den Weg in die Innenstadt umweltgerecht zurücklegten, so dass Parkflächen für den ruhenden Verkehr in der Innenstadt reduziert und somit Plät-

ze für Menschen in der Innenstadt geschaffen werden könnten, die zum Aufenthalt geeignet seien. Würde auf das dritte Treppenhaus verzichtet, könnte das eingesparte Geld gut in den ÖPNV investiert werden. Im Parkhaus könnten auch Fahrradabstellflächen und Ladestationen für E-Bikes geschaffen werden. Dies seien aber alles nur Optionen. Ein Teil der Grünen werde der Vorlage nicht zustimmen.

StR Funk rechnet sogar mit 9 Mio. Euro Kosten und somit rund 36.000 Euro je Stellplatz, werde der Grund und Boden eingerechnet. Auch er hätte es sinnvoll gefunden, wenn ein Verwaltungsvortrag erfolgt wäre und die Pläne gezeigt worden wären. Aufgrund der hohen Kosten fordere die FDP-Fraktion auch immer wieder oberirdische Stellplätze über der Bahn zu errichten.

In den vom Aufsichtsrat nachgeforderten Unterlagen unter anderem zum dritten Treppenhaus, aber auch zur Amortisationsrechnung der Photovoltaik-Anlage, werde von drei Prozent steigenden Stromkosten jährlich ausgegangen. Er fragt, worauf sich diese Annahme stütze. Seines Erachtens seien die Zunahmen höher. Positiv finde er, dass erstmals etwas zur Stromspeicherung gemacht werden solle. Dies könnte ein Einstieg sein, denn er meint, Strom sollte eher gespeichert werden, und zwar derjenige Anteil, für den man sonst keinen Abnehmer habe und der ins Ausland geliefert werde. Er bittet um getrennte Abstimmung über das dritte Treppenhaus.

EBM Wersch entschuldigt sich dafür, dass für den Gemeinderat keine Ergänzungsvorlage mit der abweichenden Beschlussempfehlung erstellt worden sei und sagt Besserung zu. Der Aufsichtsrat sei einstimmig der Meinung gewesen, auf das Sicherheitsglas zu verzichten. Über das Treppenhaus habe man nicht abgestimmt und zur Photovoltaik-Anlage habe der Aufsichtsrat im wesentlichen Zustimmung signalisiert mit Hinweis auf das Vorliegen einer Amortisationsrechnung.

Herr Geier lässt wissen, von den knapp 819.000 Euro Kosten für die Überdachung des Freidecks entfielen knapp 30.000 Euro auf die Photovoltaik-Anlage. Bisher habe man für die Batterien Blei-Akku-Varianten geplant, wolle nun aber Lithium-Ionen-Akkus einsetzen, die elf Jahre Laufzeit hätten und danach gehe man von einer Leistungskapazität von 80 Prozent aus, wobei keine Langzeiterfahrungen bestünden. Diese Maßgaben seien in die Kalkulation eingeflossen, so dass man davon ausgehe, dass keine weitere Batterie beschafft werden müsse.

Bei den Stromkosten könne man nicht nur die Energiekosten vergleichen, sondern müsse bedenken, dass über die Hälfte der Kosten der Endverbraucher auf Umlagen und Steuern beruhten. Eine dreiprozentige Steigerung der Stromkosten entspreche einer Langzeitentwicklung und sei durchaus realistisch.

StR Kolesch zeigt auf, dass die von Vorrednern genannten Stellplatzkosten aus den Zusatzinvestitionen resultierten, die man sich leisten wolle, da man sie sinnvoll finde. Ein drittes Treppenhaus bezeichnet er auch ohne Aufzug als sinnvoll, da für Menschen mit Handicap andere Möglichkeiten wie beispielsweise Behindertenparkplätze bestünden.

StR Hummler meint, mit einem Verzicht auf die optische Verkleidung und die Profilitverglasung spare man rund 110.000 Euro. Daher **beantragt** er, auf die seitliche Verkleidung des Sandwichdaches zu verzichten.

StR Weber meint, wenn man schon ein Parkhaus baue, dann müsse es attraktiv und zukunftsgerichtet sein.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Dem Einbau des dritten Treppenhauses wird mit 17 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (StR Dr. Wilhelm) zugestimmt.

Der Antrag der Freien Wähler auf die seitliche Verkleidung des Sandwichdaches zu verzichten wird mit 4 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Hölz, Dr. Schmid, Dr. Wilhelm) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Erweiterung des Parkhauses Ulmer Tor zum energieautarken Parkhaus mit 241 Stellplätzen inkl. drittem Treppenhaus für 6,97 Mio. Euro netto wird zugestimmt.

**TOP 4 Städtebaulicher Vertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
"Ortsmitte Ringschnait"
- Zustimmung zum Durchführungsvertrag -**

268/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 268/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 10.12. und im Ortschaftsrat am 15.12. öffentlich beraten und jeweils einstimmig beschlossen, beziehungsweise zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem städtebaulichen Vertrag gemäß Anlagen zu Drucksache Nr. 268/2015 zwischen Herrn Johann Wohnhaas und der Stadt Biberach wird zugestimmt.

**TOP 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften
"Ortsmitte Ringschnait"
- Billigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes -**

269/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 269/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 10.12. und im Ortschaftsrat am 15.12. öffentlich beraten und jeweils einstimmig beschlossen, beziehungsweise zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Ortsmitte Ringschnait“, Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 771/61 vom 19.10.2015, Index 1 im Maßstab 1 : 500 mit Textteil und die örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 271/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Bauausschuss am 10.12. zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem städtebaulichen Vertrag zwischen der Firma Manfred Löffler Wohn- und Gewerbebau Bauunternehmen GmbH und der Stadt Biberach gemäß Anlagen zu Drucksache Nr. 271/2015 wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 265/2015 zur Beschlussfassung vor. Sie wurde im Hauptausschuss am 01.12. und im Bauausschuss am 10.12. vorberaten und jeweils einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein und macht auf den steigenden Wohnungsbedarf auch durch die Flüchtlingssituation aufmerksam, der Auslöser gewesen sei zu überlegen, wo sozialer Wohnungsbau erfolgen könnte. Er zeigt auf, dass nicht nur an Neubauten gedacht werde, sondern auch der Umbau bestehender Gebäude wie beispielsweise des ehemaligen AOK-Gebäudes im Fokus stünden. Die Vorlage zeige viele Möglichkeiten und Optionen auf, die kurz- und mittelfristig umgesetzt werden könnten. Für die Projektkoordination wolle man externe Unterstützung einholen.

StR Schmogro zeigt sich erfreut, dass man relativ schnell aus den Startlöchern gekommen sei und signalisiert die volle Zustimmung der CDU-Fraktion auch zum dezidierten Vorgehen. Die dargestellten Projekte dürften aber kein Planspiel bleiben. Rein rechnerisch sei die erste Tranche bereits durch hier lebende Bedürftige belegt. Man habe keinen ausgeglichenen Wohnungsmarkt in Biberach, sondern circa 150 bis 170 bedürftige Personen. Die Hälfte davon habe den Status der Obdachlosigkeit, liege dem Ordnungsamt auf der Tasche und belaste den städtischen Haushalt.

EBM Wersch stellt klar, die genannten Personen hätten alle ein Dach über dem Kopf.

StR Dr. Metzger meint, die Stadt müsse ein Angebot für preisgünstigen Wohnraum bieten, auch da eine erhebliche Zahl von Menschen mit sozialen Problemlagen in Biberach lebten, die es auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt schwer hätten. Man könne durch ein entsprechendes Angebot auch dazu beitragen, dass die Preise auf dem Wohnungsmarkt nicht so sehr anstiegen. Er fände es gut die Steuereinnahmen so zu nutzen, dass Menschen in Biberach wohnen und arbeiten könnten. Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft sollte sich mit sozialen Trägern vor Ort zusammensetzen und klären, ob die Möglichkeit der Anmietung von Räumen durch soziale Träger wie dem ZfP bestünde. Insgesamt beschreibe die Stadt einen guten Weg.

Die Freien Wähler begrüßten die Vorlage, lässt StRin Bopp wissen. Im Bauausschuss habe sie die Frage aufgeworfen, ob auf manche Forderung der LBO zum Beispiel nach Fahrradstellflächen bei Neubauten verzichtet werden könne.

StR Dr. Schmid hält dauerhafte, dezentrale Angebote und variable Wohnungszuschnitte sowohl für Einzelpersonen als auch für Großfamilien für erforderlich. Zusätzlich müsse auf Baulücken und Leerstände geachtet werden, was als Nebeneffekt eine Attraktivitätssteigerung mit sich bringe. Aufgrund der begrenzten Planungskapazitäten des Baudezernats sei es richtig, externe Unterstützung einzuholen. Preisgünstige Wohnungen zu bauen bezeichnet er als Aufgabe für viele Jahre, die kontinuierlich weitergeführt werden müsse.

StR Funk findet die Vorlage erstklassig, da sie der aktuellen Situation gerecht werde. Er finde es ebenfalls wichtig, dass keine Ghettoisierung stattefinde. Angesichts der Ausführungen von StR Schmogro und der konträren Aussagen von EBM Wersch müsse man mitteilen, wer wirklich Hilfe nötig habe und welche Wohnungsgrößen erforderlich seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die in der Projektübersicht (Anlage 1 zu Drucksache Nr. 265/2015) dargestellten kurzfristigen Projekte werden von der Verwaltung planerisch bis Leistungsphase 2 (Vorentwurf und Kostenschätzung) HOAI vorbereitet und als Einzelmaßnahme vor der weiteren Planung und Umsetzung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.**
- 2. Die Gesamtkoordination aller Projekte erfolgt durch das Baudezernat in enger Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft (WWB).**
- 3. Für die Projektkoordination wird externe Unterstützung in Anspruch genommen.**
- 4. Die Finanzierung notwendiger Honorare für die Beauftragung externer Planungsbüros wird über die Änderungsliste zum HH-Plan 2016 dargestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 275/2015 zur Beschlussfassung vor.

StRin Gutermann übermittelt Frau Buchwald für ihre Arbeit ein dickes Dankeschön.

StR Dr. Weigle bezeichnet den Jahresabschluss materiell als einwandfrei. Erwähnenswert sei die hervorragende Arbeit von Frau Buchwald, deren Möglichkeiten aber eingeschränkt seien, da die finanziellen Zuwendungen an die Stiftung deutlich unter den Erwartungen geblieben seien. Daher sei nur ein schmaler Aktivitätsrahmen gegeben. Er appelliert daher, die Stiftung von Privat stärker zu unterstützen, damit sie ihre gesamte Kraft entfalten könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2014 für die Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach wird festgestellt.**
- 2. Die Geschäftsführung wird entlastet (§ 16 EigBG).**

TOP 9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für einen Investitionszuschuss der Stadt Biberach an den Hospital

276/2015

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 276/2015 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Zahlung eines Investitionszuschusses an den Hospital für die Sanierung des Spitalgebäudes werden auf der HHSt. 2.0610.987000-900 außerplanmäßig 410.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 280/2015 zur Information vor.

OB Zeidler verliest den am 16.11.2015 gefassten Beschluss. Eine Diskussion findet nicht statt.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 10.2 Verschiedenes - Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt

StRin Authaler lobt den Christkindles-Markt kritisiert aber, dass die Weihnachtsdekoration nach Auskunft von Besuchern erst auf dem Marktplatz erlebbar gewesen sei und nicht auf den Gassen dorthin beispielsweise von den Parkhäusern aus.

TOP 11 Jahresrückblick des Ersten ehrenamtlichen Stellvertreters

StR Hagel lässt traditionell das Jahr aus Sicht des Gemeinderats Revue passieren. 2015 sei erneut ein sehr arbeitsintensives Jahr gewesen. Im Vorjahr habe er davon gesprochen, dass Biberach „a bissle boomt“. Aktuell müsse er sagen, Biberach boomt richtig kräftig oder klein.stark.boomtown. Ein Rekordhaushalt habe auch Rekordvorlagen bedeutet mit einer Steigerung von fast 10 Prozent mehr, zu denen noch Vorlagen an den Hospitalrat und die Aufsichtsräte hinzukämen. Dies sei ein enormes Arbeitspensum. Er dankt allen Beteiligten für ihr Engagement für ein liebens- und lebenswertes Biberach. An erster Stelle dankt er OB Zeidler für seine hervorragende Repräsentation und Präsentation der Stadt. Er treffe den Nerv der Bürger und sei Meister einer geschliffenen, feinfühlenden Rhetorik. Seine Auftritte beim Schützenfest und beim Bürgertag bezeichnet er als empatisch und zieht den Schluss, OB Zeidler sei in der Bürgerschaft endgültig angekommen. Weiter rühmt er seine Sitzungsleitung als meist geduldig.

Einen kabarettistischen Höhepunkt habe man im Museum erlebt mit einem sechzigjährigen Artefakt. Er meint den 60sten Geburtstag von EBM Wersch, den man deshalb im Museum abgehalten habe, da ein entsprechender Veranstaltungsraum fehle. Ein nicht genannt wollender Besucher habe erklärt „so treffend hat noch nie jemand meinen Vater charakterisiert.“ (Gelächter). Der gelungene Auftritt des Barden EBM Wersch habe sehr berührt, auch was den Liedtext betreffe, der fast kommunalpolitischen Schulungscharakter gehabt habe. Man benötige EBM Wersch aber auch für anderes als Kultur. Er nennt den Hospital, aber dafür habe er Frau Leonhardt. Weiter nennt er die Stadtwerke und die e.wa, auch dafür habe er Frau Leonhardt und für das Kämmeriamt – auch hier habe er Frau Leonhardt. Abschließend nennt er den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft, wo er Frau Spieler gehabt habe. Vielleicht werde es also doch noch etwas mit der Musik und Herrn Wersch.

Er kommt zu BM Kuhlmann und bringt sein Unverständnis zum Ausdruck, was ein Teil der Öffentlichkeit mit ihm, der eigentlich die personifizierte Transparenz sei und für Bürgerbeteiligung stehe, mache. Dennoch sei er unberechtigt der Prügelknabe für meist schlecht informierte Kreise. Hier sei auch der Gemeinderat gefordert, ihm Rückendeckung zu geben, wozu er alle auffordert.

Zur Gremiumsarbeit hält er die Redezeiten teilweise für verbesserbar. Der positive Umgang untereinander passe weitgehend und Demokratie vertrage unterschiedliche Meinungen. Ihm mache die Arbeit viel Freude, auch wenn es für Berufstätige aufgrund der Aufgabenfülle fast nicht mehr leistbar sei. Er habe den OB im Mai nach Guernsey begleiten dürfen, wo er vor internationalen Gästen emotional und sehr bewegend gesprochen, die Schuld der Deutschen angesprochen, und die großherzige Geste der Versöhnung bald nach Kriegsende gewürdigt habe. Dies sei für ihn der bewegendste Moment im vergangenen Jahr gewesen.

Traurig sei der viel zu frühe Tod des Kollegen Johann Späh gewesen, was Hilflosigkeit auslöse. Johann Späh sei ein geradliniger, engagierte Kommunalpolitiker gewesen, dem das Gemeinwohl sehr wichtig gewesen sei. Man vermisse seine stets positive Grundeinstellung, sein Lachen und seine gute Laune.

Er dankt allen aktiven Bürgern, mit allen Ehrenamtlichen, der Wirtschaft, den Mitarbeitern der Verwaltung, der gesamten Verwaltungsspitze und abschließend der Geschäftsstelle des Gemeinderats für die professionelle Unterstützung des Gemeinderats. Er überreicht Frau Appel einen Blumenstrauß und Präsente für die Mitarbeiter.

Am Ende wolle er noch zwei Wünsche weitergeben: Wieland habe einst geschrieben: „Der Stärkere ist der natürliche Beschützer des Schwächeren. Das ist alles. Seine Stärke gibt ihm kein Recht, sie legt ihm nur eine Pflicht auf.“ Er appelliert, sich zusammen mit allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für einen menschenwürdigen Umgang mit allen Flüchtlingen einzusetzen.

Sein zweiter Wunsch gelte Kollegin Gabriele Kübler und dass sie nach dem schmerzlichen Tod ihres Mannes und ihrem gesundheitlichen Rückschlag wieder körperlich und seelisch auf die Beine komme. Die SPD-Fraktion und alle benötigten sie dringend und seien dankbar, wenn sie wieder die Kraft und den Willen finde, dem Gemeinderat ihren reichen Erfahrungsschatz zur Verfügung zu stellen. Er wünscht ihr vollständige Genesung und die Kraft, ihr Leben nach ihren Vorstellungen gestalten zu können.

Abschließend wünscht er allen frohe, gesegnete Weihnachten und ein gesundes und friedvolles 2016.

Es wird applaudiert.

OB Zeidler bemerkt, dies sei in den 17 Jahren seiner Bürgermeister- und Oberbürgermeistertätigkeit das Emotionalste und Intensivste, was er habe hören dürfen. Er dankt Herrn Hagel für seine Wortwahl und den Tiefgang seiner Rede. Damit beschließt er das Sitzungsjahr 2015.

Gemeinderat, 17.12.2015, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann